

# Groß-Berlin

## Übernahme der Polizei in städtische Verwaltung.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Eine Hochstufung von Initiativanträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien und auch der demokratischen Partei ergoß sich über die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

In einer Vorlesung ersuchte der Magistrat, einem Gesuch des Vereins Berliner Presse um Ueberlassung des großen Festsaals und der Redenräume im Rathaus zu einer künstlerischen Veranstaltung am kommenden Sonntag zuzustimmen. Die Versammlung genehmigte die Vorlage.

Der feinerzeit einem Ausschusse überwiesene Antrag, statt des einen zwei gleichberechtigte Vorsteher einzuführen, wurde, nachdem die Stadtverordneten Dorn (Demokrat), Cassel (Demokrat) und Koch (Bürgerl. Volkspartei) dagegen, die Stadtverordneten Dr. Heinemann (Soz.) und Hingel (U. Soz.) dafür gesprochen hatten, mit knapper Mehrheit angenommen.

Es folgte der Antrag des Stadtverordneten Barowski und Genossen betreffs Uebernahme des Polizeiwesens in städtische Verwaltung, der von Stadtverordneten Koblentz (Soz.) eingehend begründet wurde. Redner wies darauf hin, daß die vielfachen Schritte, welche die Stadtverordneten und der Magistrat seit Jahren in dieser Sache unternommen haben, der beste Beweis dafür seien, daß man auch in diesem Saale die Polizei als einen Fremdkörper in der städtischen Verwaltung betrachtet und die Uebertragung, insbesondere der Wohlfahrts-polizei, auf die Stadt für durchaus notwendig gehalten hat. Die Sicherheitspolizei ist aber auch ein Zweig der Wohlfahrts-polizei, jedenfalls müsse die Polizei so gestaltet werden, daß sie im Volke selbst wurzelt und das Vertrauen der Bürger genießt. Jetzt sehen wir, daß die Polizei in Berlin auf einem Niveau angelangt ist, welches tatsächlich nicht mehr zu unterziehen ist. (Sehr richtig!) Man denke nur an die ständischen Zustände in der Alten Schönhauser Straße, wo schon junge Leute mit bunten Mützen zur Spiel-leidenschaft angezogen werden, ferner an den wilden Handel mit gestohlenen Sachen usw., der jeder Beschreibung spottet. (Sehr richtig!) Man denke ferner an die übergroße Zahl von Verbrechen, die eine tägliche Kurve in den Zeitungen bilden. Jedenfalls ist die gegenwärtige Zeit die geeignetste zur Uebernahme der Polizei auf die Stadt. (Beifälliger Beifall.)

Stadtverordn. Köhning erklärte, daß der Magistrat bereit sei, die Wünsche der Antragsteller zu unterstützen und mit einem Gesuch an die städtischen Instanzen sofort heranzutreten.

Stadtverordn. Cassel (Dem.) erklärte, die Forderung des Antrages ist durchaus berechtigt und bezüglich der Uebertragung der Sicherheitspolizei, und deshalb unterstützen meine Freunde den Antrag.

Stadtverordn. Dr. Weinberg (U. Soz.) hielt unter lebhaften Zwischenrufen aus der Versammlung und mehreren Gelächern der Vorheren und der jetzigen Polizei einen Spiegel vor und machte unter höflichen Zurufen aus der Versammlung auf

### Die Verdienste Köhning's

Köhning, nach dem sich die Polizeibeamten heute auch sehnen.

Stadtverordn. Dr. Waltherr (Bürgerl. Vp.) sprach an diesen jehigen Minderheiten Zuständen diejenigen, die mit der Revolution die staatliche Ordnung untergraben haben. Schaffen Sie uns die staatliche Autorität wieder, die wir gehabt haben, dann wird auch die Polizei im Kampfe gegen das Verbrechen zum Schutze der Einwohner wieder ihre Pflicht mit Erfolg tun.

Der Antrag Barowski wurde schließlich angenommen.

### Auf die gewerbliche Stellenvermittlung

Bestehen sich zwei Anträge der beiden sozialdemokratischen Parteien betreffend das vom Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin er-gangene Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung durch den Magistrat. Die Anträge werden von Frau Wurm (U. Soz.) und Ritter (Soz.) begründet.

Oberbürgermeister Wermuth: Es ist für den Magistrat eine aufrichtige Genugtuung, mitteilen zu können, daß der Gegenstand dieser Anträge (eben im Sinne der Selbstverwaltung Groß-Berlins) gelöst worden ist. Vom Reichs-wirtschaftsminister ist das Oberpräsidium in Charlottenburg angewiesen worden, das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung im Gast- und Schankwirtschafts-gewerbe zu genehmigen. Nach einer Mitteilung des Reichs-arbeitsministers ist sogar eine Ausdehnung auf das ganze Reich für den 1. Juli geplant. Wir werden nunmehr das Verbot mit allem Nachdruck handhaben, es ist aber im Hinblick auf die Schwierigkeiten zu bitten, daß die Maßnahmen wohlwollend, freigeinnt und unbürokratisch zu unterstützen.

Die Anträge sind damit erledigt.

Zwei von den beiden sozialdemokratischen Parteien gestellte Anträge ersuchten den Magistrat, sofort mit dem Abbau der Vor-schulen zu beginnen.

Die Anträge wurden von den Stadtverordneten Dr. Witte (Soz.) und Goh (U. Soz.) unter Darlegungen über die Notwendigkeit der Einheitschule begründet.

Nach kurzen Ausführungen der Stadtverordneten Dr. Benede (Bürgerl. Vp.) und Cassel (Dem.) sagte Stadtschulrat Dr. Reimann zu, daß mit dem Abbau am 1. Oktober begonnen werde.

Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Das erste ausländische Weizenmehl. Das erste halbe Pfund niedrig ausgemahlene ausländisches Weizenmehl wird in Berlin in der Woche vor Ostern ausgegeben werden. Das Mehl kann vom Mittwoch nächster Woche ab mit 1/2 Pfund je Kopf ohne Voranmeldung gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 14 der allgemeinen Berliner Lebensmittelkarte bezogen werden, und zwar in den Kleinhandelsgeschäften, in denen die Abschnitt Nr. 1 und 2 der Lebensmittelkarte angewendet worden sind. Den Preis des ausländischen Mehls hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin auf 1,00 Mark für das 1/2 Pfund festgesetzt.

Warmeclade. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats Berlin gelangten in Berlin auf Abschnitte 107 und 108 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 250 Gramm, also zusammen 500 Gramm warmeclade zur Ausgabe. Der Kleinhandelspreis beträgt 1,30 Mark für ein Pfund. Die Anmeldung findet am Freitag, 11. April, abends 12., und Samstag, 14. April, statt.

Arbeitserrat und Stadtverordnete. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung zu Neukölln steht folgender Antrag von Laßmann und Genossen auf der Tagesordnung: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: An den Sitzungen der Stadtverordneten kann der Arbeiterrat, vertreten durch zwei Mitglieder des Neuköllner Volkswirtschaftsausschusses, mit Stimmrecht teilnehmen.“

Elektrifizierung der Vorortbahnen. Der Bund der Verkehrs- und Zwerghandels-Groß-Berlins teilt uns mit, daß auf der Vorort-bahn Stettiner Bahnhof-Oranienburg in den nächsten Jahren der

elektrische Betrieb eingeführt wird. Die Bahnen sollen eine Einheitswagenklasse führen. Die Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn wird nur um einige Jahre verschoben. — Auf der Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn werden von jetzt ab besondere Ausweis-karten Kolonialfahrkarten zu ermäßigten Preisen abgegeben. An Sonn- und Feiertagen werden besondere Säge-eingelegt.

## Protest der Markthallenhändler.

Gegen Standpreiserhöhung und Kommunalisierung des Lebensmittelhandels.

Der Bund der Markthallenvereine Berlins hatte zu gestern nach-mittag alle Standinhaber zu einer großen Versammlung in die Gabelandsstraße 107 eingeladen. Es waren mehr als 700 Personen erschienen. Es sollte gegen die Erhöhung der Stand- und Keller-mieten und gegen die beabsichtigte Kommunalisierung des Lebensmittelhandels Einspruch erhoben werden.

Ueber den ersten Punkt referierte Rechtsanwalt Dr. Kurt Alexander. Er wies darauf hin, daß die Markthallenverwaltung vom 1. April ab eine erhebliche Erhöhung der Stand- und Keller-mieten dekretiert habe. Das Mietseinkommensamt habe ein Eingreifen abgelehnt mit der Begründung, daß es sich hierbei nicht um Mieten, sondern um die Bezahlung von Gebühren und Abgaben im Sinne des Kommunalgesetzes handle. Dieser Standpunkt des Mietseinkommensamts sei unhaltbar. Dr. Alexander empfahl daher, sich erneut an das Mietseinkommensamt zu wenden und die Eingabe eine neue sachliche und rechtliche Begründung mit auf den Weg zu geben. Falls dann allerdings das Mietseinkommensamt auf seinem ablehnenden Standpunkt beharre, seien alle rechtlichen Instanzen erschöpft. Darüber hinaus legte der Redner der Versammlung nahe, sich beschwerde-fähig an den Magistrat Berlin zu wenden. Die Sache seien so hoch, daß die Händler sie auf die Dauer nicht ertragen könnten. Während die Mietkammer im allgemeinen Erhöhung von 10 bis 20 Prozent als angemessen erachtet, fordert der Magistrat von den Markthallen-händlern im wesentlichen 33 Prozent und mehr. Unter großem Beifall erklärte ein Händler aus der Markthalle V, daß die Stand-inhaber nicht in der Lage wären, nur einen einzigen Pfennig mehr Miete zu zahlen. Beharre der Magistrat auf seinem Standpunkt, so sollten sämtliche Händler und Händlerinnen die Markthallen verlassen und streiken.

Gegen die beabsichtigte Kommunalisierung des Lebensmittelhandels sprach der Generalsekretär Müller vom Hansabund. Er hob einleitend hervor, daß die Männer und Frauen der Halle ihrer Sorgen vielleicht sehr schnell lebig sein werden. In den Gemeinden Groß-Berlins und in anderen großen Städten liegen Anträge vor, die die Verstaatlichung des Lebensmittelhandels bezwecken. Im gütigsten Falle würden dann die Händler Angestellte des Magistrats sein. Die Berliner kleinen Händler müßten auf dem Boden sein, weil der Führer der Unabhängigen im Rathaus in Weimar erklärt habe, der Mittelstand habe überhaupt keine Existenzberechtigung. Der Macht der Arbeiterschaft müsse die geschlossene Macht des gesamten deutschen Lebensmittelhandels entgegengestellt werden. Der Ausschluß müßte Flugblätter überzogen werden, in der sie über die Lage aufgeklärt werde, ferner sollte Protestaktion gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels aufgelegt werden, und schließlich werde man durch Hausstauerveranstaltungen und Straßendemonstrationen zu wirken versuchen. Wenn alle diese Mittel nichts nützen, so werde man auch vor einem allgemeinen Streik aller Lebensmittelhändler Deutschlands nicht zurückschrecken.

## Der Streik der Bankbeamten.

Die gestern im Reichsarbeitsamt aufgenommenen Verhandlungen über die Beilegung des Streiks wurden nach lebhafter Erörterung in später Abendstunde abgebrochen. Es zeigt sich seit gestern auf beiden Seiten die Einigkeit zu einer Einigung. Auch der Vollzugsrat beschäftigte sich gestern mit dem Streik der Bankbeamten. Es gelangte ein Beschluß zur Annahme, in dem es heißt:

„Den in schwerem wirtschaftlichem Kampfe stehenden Bank-beamten spricht der Vollzugsrat vollste Sympathie aus. Der Vollzugsrat weist die Bankdirektion auf die schweren Folgen hin, und appelliert an das patriotische Empfinden der Direktoren, das von diesen bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund gestellt wird. Die Bankbeamten sollen aber hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch Zusammenhalt aller Hand- und Kopfarbeiter im fortge-setzten Kampfe dem Kapitalismus Zugeständnisse abgerungen werden können.“

Die streikenden Angestellten der Darmstädter Bank hielten gestern nachmittag wieder eine Versammlung im Mehrereinstan-derhaus ab, die aber nur von kurzer Dauer war. Es wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt einen für die Angestellten günstigen Verlauf nahmen. Hinsichtlich der Tarif-forderungen seien die Bankleitungen bereit, entgegenzukommen, vorbedingte Mitbestimmung in ungenügender Weise, das es nur bezüglich des Mitbestimmungsrechts die Aussicht, daß es keine Annäherung genommen. Doch besteht die Aussicht, daß es auch hier zu einem für die Angestellten günstigen Resultate kommen werde. Von den Hamburger Filialen der Berliner Großbanken wären Erklärungen eingelaufen dahingehend, daß die dortigen Angestellten nur auf einen Wink aus Berlin warteten, um sofort ebenfalls die Arbeit einzustellen.

Das Streiklokal für die Angestellten der Deutschen Bank befindet sich bis auf weiteres in dem Restaurant Bahnhofs, Wehrensstraße 15. Heute vormittag 10 Uhr findet eine Versammlung der streikenden Angestellten der Deutschen Bank in den Germania-Sälen, Schaffstrasse statt.

Die Streikleitung der Dresdner Bank teilt mit, daß während des Streiks jeden Tag um 1 Uhr im Mehrereinstan-derhaus Versammlungen stattfinden. Die Streikleitung der Dresdner Bank befindet sich in den Sophienläden, Sophienstraße 17/18.

Die Marktkämpfe vor Gericht. In der gestrigen Sitzung des Kommandanturgerichts in Sachen der Marktkämpfe drehte sich die Beweisführung immer wieder um die Entschärfung der Frage, ob und aus welchen Stellen des Markts auf die Regierungstruppe geschossen worden ist. Es wurden darüber mehrere Soldaten vernommen, die zu der unter Befehl des deut-schen Kommandanten Kolonne gehörten, die schließlich den Marktsall geklärt hat. Zeuge Marineingenieur Fritz Wulff be-kundete, daß schon in einiger Entfernung vom Schlosse Zivilisten an den Führer der Kolonne herangehten und sie zur Vorsicht gemacht hätten, da es möglich sei, daß vom Marktsall aus auf sie geschossen werde. Der Zeuge hat dann, indem er allein ein Stück auf den Schloßplatz lösend, mit einem Krümmer die Fenster des Marktsalls geschossen, ob dort etwa Maschinengewehre ständen, er hat nichts entdecken können. Plötzlich seien vom Marktsall her mehrere Schüsse, und der Zeuge ist selbst an der Hand ver-wundet worden. Die übrigen Teilnehmer der Kolonne be-fanden sich alle ziemlich bestimmt, daß die ersten Schüsse vom Marktsall aus fielen und daß bei dem Eindringen der Regierungstruppen in den Marktsall aus fernem auf sie ge-schossen worden ist. An die Verhandlung schloß sich ein Lokalkonferenz im Marktsall, wobei sich die Richter, Anklage-vertreter Verteidiger und ein Teil der Angeklagten begaben.

Für 10 000 Mark Schadloshaltung erbotenen Einbrecher in der gestrigen Nacht in der Wörther Straße. Sie erbrachten dort einen leerstehenden Laden, in dem 9 Zentner Schadloshaltung, die für die Truppen bestimmt waren, vorläufig aufgeschichtet standen und stahlen den Vorrat. Auf die Wiederherbeschaffung der Wurst ist eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen darüber nimmt Kriminal-oberwachmeister Laßmann im Zimmer 06a des Berliner Polizei-präsidiums entgegen.

## Der Angestelltenstreik in der Metall-industrie.

Die Zentralkreisleitung tritt uns mit: Es scheint, daß der Schiedsspruch von den Angestellten der Berliner Metallindustrie nicht angenommen wird. Die Zentralkreisleitung hat gestern vormittag Abdrücke des Schieds-spruches an die Unterkreisleitungen verteilt, und diese haben gestern in ihren Betriebsversammlungen über die Annahme abstimmen lassen. Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnissen haben von etwa 20 000 Angestellten 2000 für Annahme des Schieds-spruches gestimmt. Da auch die führenden Organisa-tionen bereits gegen den Schiedsspruch Stellung genommen haben, so darf man ohne weiteres annehmen, daß die noch ausstehenden Ergebnisse, die im Laufe des Abends, spätestens heute früh erwartet werden, an dem Resultat nichts ändern werden. Soweit das Material bisher vorliegt, ist die Stellungnahme von der Größe der Betriebe unabhängig. Die Angestellten größerer sowie kleinerer Betriebe stellen sich gegen die Annahme des Schieds-spruches. Die Angestellten der Siemens-Schuckert-Werke stimmten mit 869 zu 688, Vier mit 1272 zu 166, Maske-Schwarzkopf mit 198 einstimmig, Wix & Genest mit 800 einstimmig, Voage & Co. mit 30 zu 1 ufw. gegen die An-nahme des Schieds-spruches.

Die Zentralkreisleitung wird heute über die mannigfaltigen unter-nehmenden Schritte Beschlüsse fassen. Die Abstimmungsergebnisse sind vielfach von Entschärfungen begleitet, aus denen hervorgeht, daß das Mitbestimmungsrecht der Hauptgegenstand aller Er-wägungen ist. Es wird nach wie vor gefordert, das Recht der Mitbestimmung bei Einstellung, Entlassung und Entlohnung sowie bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses. Solange diese ethische For-derung nicht erfüllt ist, ist an einen Abbruch des Streiks nicht zu denken.

Die Zentralkreisleitung fordert alle Betriebe auf, die Abstimmungsergebnisse — soweit noch nicht geschehen — unverzüglich bekanntzugeben.

### Die Werkmeister lehnen den Schiedsspruch ab.

Der am Streik in der Berliner Metallindustrie beteiligte Bezirk X des Deutschen Werkmeisterverbandes hielt gestern vormittag in Gabelandsstraße eine Versammlung der Werkmeister und Betriebsvertrauensleute ab, die von etwa 400 Mit-gliedern besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem vorgeschlagenen Schiedsspruch. Es gelangte folgende Resolution ein-stimmig zur Annahme:

„Die am 10. April in Gabelandsstraße von ca. 400 Teil-nehmern beschlossene Versammlung der Werkmeister und Betriebsvertrauens-leute des „Deutschen Werkmeister-Verbandes“ weisen den vor-liegenden Schiedsspruch zurück und bestehen auf ihre alten Forderungen. Sie können es nicht verstehen, daß die Arbeitgeber kein Verständnis für die Notlage der Werk-meister zeigen und ganz vergessen haben, daß die Werkmeister die-jenigen waren, welche in aufopfernder Tätigkeit trotz schlechter Be-zahlung die Betriebe leistungsfähig gehalten und dadurch dem Unternehmern Riesengewinne gesichert haben. Was den Angestellten als Mitbestimmungsrecht geboten wird, muß als vollständig ungenügend bezeichnet werden. Die Werkmeister sind deshalb un-geschlossen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis in beiden Richtungen völlige Uebereinstimmung erzielt ist.“

Unausgeklärter Tod einer Familie. Der Tod dreier Per-sonen, der gestern im Hause Köpenicker Straße 4 endete, wurde, beschäftigt gegenwärtig die Kriminalpolizei. In dem Hause wohnten seit einiger Zeit eine Frau Lieke mit ihrem fünfjährigen Töchterchen Hildegard und ein Kaufmann Vinzenz Bira-rowski. Als gestern früh die Schwester der Frau Lieke zu Besuch kam, fand sie die Tür verschlossen und die Zeitungen von mehreren Tagen vor der Tür liegen. Sie verständigte die Polizei, die die Wohnung durch einen Schlosser öffnen ließ. Frau Lieke, ihre Tochter sowie Birarowski lagen entseelt tot im Zimmer. Der Arzt der herbeigerufen wurde, konnte keinerlei Verletzungen an den Leichen feststellen, so daß ein Verbrechen ausgeschlossen erscheint.

Der Schach im Bett. Ein Gastwirt in der Conradsstraße hatte eine Briefstube mit 20 000 Mark im Bett versteckt, um wie er meinte, sicher zu gehen. Vorgehen bekam er ein neues Dienst-mädchen. Der „Neuen“, die sich Maria Riemann nannte, war im Zeugnis bescheinigt, daß sie zuletzt ohne Unterbrechung vier Jahre zur vollsten Zufriedenheit bei einem Outfitter gebient habe. Während aber gestern das Ehepaar in den Wirtschaftsräumen zu tun hatte, räumte das Mädchen in der Wohnung auf. Dabei machte es die Betten so gründlich, daß es auch die Briefstube mit den 20 000 Mark fand. Jetzt legte es die Arbeit sofort nieder, steckte den Schach ein und verschwand damit. Ein Dienstbuch hat das Mädchen nicht mitgebracht, vielmehr behauptet, es sei noch im Ge-wachsam eines Vermittlers. Der Name ist wahrscheinlich falsch, denn es handelt sich wohl um eine gewerkschaftliche Diebin.

Die Deutsche demokratische Partei, Galesches Tor-Arenberg, ver-anstaltet am Freitag, 11. April, eine große Versammlung im Schulthei-ter, Köpenicker Straße 11. Ob. Redner: Dr. Schreiber spricht über Wählerstimmen und Reichsversammlung, Maria v. Bunsen über Kommunali-sierung des Lebensmittelhandels.

Deutsch-demokratischer Verein „Süd-West“. Hauptversammlung Montag, 14. April, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Wilhelm-Regelgymnasiums, Kochstraße 66. Vortrag des Direktors Dr. Cauer über „Rechtswesen oder Gewaltswesen“.

Das Fest der Silberhochzeit begehen heute Arnold Urban und Frau Johanna geb. Wirt, Mauerstraße 53.

Das Fest der Silberhochzeit feierte am 9. April das Ehepaar Wirt, Reinickendorfer Straße 65.

Der Klempnermeister Max Müller, Birkenstraße 17, feierte am 7. April sein 25jähriges Geschäftsjubiläum.

## Handelsteil

Erklärungen zum Steuerzettel. Der heutigen Ausgabe liegt der Steuerzettel bei. Gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung vom 13. Januar 1919 über die Ausstellung von Vermögensverzeichnissen und die Festsetzung von Steuerkursen werden darin die auf den 31. De-zenber 1918 vorläufig festgesetzten Steuerkurs und Steuerwerte von Wert-papieren bekanntgemacht. Der Bekanntgabe wird folgende amtliche Vor-merkung vorausgeschickt: 1. Wertpapiere, die außer an der Berliner Börse auch an anderen deutschen Börsen zum Handel zugelassen sind, sind nur in der Berliner Kursliste verzeichnet. 2. Bei einer Anzahl von Aktien sind Nummern hinzugefügt; das bedeutet, daß von solchen Aktien auch Stücke im Umlauf sind, die noch nicht zum Wörtenhandel zugelassen sind. Soweit diese Aktien mit den zugelassenen vollkommen gleichberechtigt sind, sind sie mit rund 3 Prozent des Kurswertes niedriger anzusetzen; bei einem Kurse der zugelassenen Aktien bis 100 Prozent, also mit un-gelähr 3 Prozent, bei einem Kurse von 100 bis 200 Prozent mit ungelähr 4 1/2 Prozent, bei einem Kurse von 200 bis 300 Prozent mit ungelähr 6 Prozent, und so fort; jedoch bei solchen Aktien ein Unterschied in der Einbinderberechtigung besteht, ist auch dieser zu berücksichtigen. 3. Die Zinsabgaben mit einem „unterliegen einem Abzug. Die Kursliste ent-hält nur die an der Berliner Börse zur Notierung gelangenden Werte. In die Vermögensausstellung sind die festverzinslichen Werte ohne Berücksichtigung von Stückzinsen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Steuerkurs anzusetzen. Eine Ausnahme bildet ein Anzahl von russischen Staatspapieren und Obligationen russischer Eisenbahn-gesellschaften, bei denen dem Kurs Stückzinsen, und zwar nach unferer Ansicht von dem im Kurszettel besonders angegebenen Termin bis zu dem Tage zugurechnen sind an dem die Zinsgutscheine letztmals im Jahre 1918 illu-idi waren. Bei den Stückzinsen der ersten, doch nur bei den zur Wörten-notierung zugelassenen, kann — sofern die Wertpapiere nicht Bestandteil eines Betriebsvermögens sind — der Betrag in Abzug gebracht werden, der für die von der Ausschüttung des letzten Gewinns bis zum 31. De-zenber 1918 verfallene Zeit, der letztmals gezahlten Dividende entspricht. Als Tag der Ausschüttung gilt der Tag, von dem ab die Dividende für zahl-bar erklärt worden ist, in der Regel also der Tag, der der ordentlichen Generalversammlung folgt.